Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 72 | **Donnerstag, den 20. Juni 1929** | **31. Jahrg.**

Donnerstag, den 27. Juni, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. Juni 1929.

83] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

* **Im Reichstag sprach Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ausführlich zu seinem Finanzetat.**

* **Der Wehretat wurde im Reichstag angenommen; die kommunistischen Streichungsanträge zum Panzerkreuzerbau wurden abgelehnt.**

* **Der französische Ministerrat beschloß, sich mit den anderen beteiligten Regierungen über eine baldige Ratifizierung des Youngplanes in Verbindung zu setzen.**

* **Im Bonner Giftmordprozeß wurde der Arzt Dr. Richter wegen Mordes zum Tode, sowie wegen Meineids zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Er beabsichtigt, Revision einzulegen.**

Reichswehretat angenommen.

Zweite Panzerkreuzerrate bewilligt. — Mißtrauen gegen Groener abgelehnt.

⇨ **Berlin**, 19. Mai.

Die zweite Beratung des Haushalts der allgemeinen Finanzverwaltung im Reichstag wurde durch Reichsfinanzminister Dr. Hilferding eingeleitet, der nochmals die Gründe angab, aus denen die Regierung es für notwendig hielt, einen Fehlbetrag-Haushalt zu vermeiden.

Verblieben sei noch ein Fehlbetrag von 22 Millionen. Darüber hinaus würden bis zur dritten Lesung noch einige Erhöhungen auf der Ausgabenseite nötig sein, die durch außerplanmäßige Ausgaben, beispielsweise durch die Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter, bedingt seien. Der Minister ging dann zu den allgemeinen Fragen der Finanzpolitik über. Die Schwierigkeiten der Kassenlage hätten

durch die steuerfreie Reichsanleihe eine starke Erleichterung

erfahren. Die Beunruhigung der Oeffentlichkeit über unsere Kassenlage müsse endlich aufhören, denn sie schädige auch den Kredit der deutschen Wirtschaft. Um solchen Schwierigkeiten, wie wir sie in der letzten Zeit durchmachten, für die Zukunft vorzubeugen, werde es notwendig sein, wieder einen Betriebsmittel-Fonds anzusammeln. Das Ergebnis der Pariser Verhandlungen stelle uns vor neue Aufgaben auch in der Finanzpolitik. In erster Linie sei die

Klärung der Finanzlage notwendig.

Der aus 1928 übernommene Fehlbetrag von 150 Millionen müsse noch aus den Ergebnissen dieses Haushaltsjahres abgedeckt werden. Er hoffe, daß das in der Herbsttagung geschehe. Für 1930 müßten wir zu einer Klärung des finanzpolitischen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern kommen. Die zum Teil recht großen Abfindungen, die die Länder vom Reich verlangten, sollten in einem Gesetzentwurf geregelt werden, der demnächst vorgelegt werde. Notwendig sei auch die baldige Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes. Auch die Veränderung der Stellung der Reichsbahn erfordere eine finanzpolitische Regelung. Ein erschöpfendes Finanzprogramm werde er vorlegen

in dem Zeitpunkt, wo er politische Handlungsfreiheit habe.

Dieses Finanzprogramm solle gehalten sein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft.

In der Debatte weist Abgeordneter Dr. Quaatz (Dnat.) darauf hin, daß seit der Inflation noch nie ein Etat so spät verabschiedet worden sei. Warum wird dem Ausland eine gar nicht vorhandene Leistungsfähigkeit vorgespiegelt? Wir übernehmen die Staatsschulden der Vertragsgegner. Der Redner schlägt erregt mit den Akten auf den Tisch und ruft aus: Wie hoch soll die Not des deutschen Volkes noch steigen, bis die Reichstagsmehrheit endlich einmal sagt: bis hierher und nicht weiter! Ich frage den Minister, ob es richtig ist, daß der Reichskanzler mit Wissen der Reichsregierung an die Sachverständigen einen Brief geschrieben hat des Inhalts, daß die Reichsregierung der Ansicht sei, daß der Plan angenommen werden müsse, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenständen.

Abgeordneter Keil (Soz.) wirft den Deutschnationalen vor, daß sie, nachdem es ihnen nicht gelungen sei, eine finanzielle Mißwirtschaft der Regierung festzustellen, ihre Hoffnungen jetzt auf die Zukunft setzten. Der Redner fordert, daß das kommende Finanzprogramm auch die minderbemittelten Kreise befähigen müsse, an der Kapitalbildung teilzunehmen.

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Von den Deutschnationalen ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister eingegangen.

Die Beratungen werden darauf unterbrochen zur Vornahme der Abstimmungen über den Etat des Reichswehrministeriums.

Der Heeresetat wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso die Ausschußentschließung zu Gunsten der Gemeinden, die von der Zusammenlegung von Garnisonen betroffen werden.

Die kommunistische Entschließung, den Angehörigen der Wehrmacht das Wahlrecht zu gewähren, wird abgelehnt. Angenommen wird eine deutschnationale Entschließung, wonach den kleinen Standorten in den östlichen Grenzbezirken (Züllichau, Namslau, Militsch, Leobschütz) ihre Garnisonen belassen werden sollen. Auch der Marine-Etat wird in der Ausschußfassung angenommen.

Ueber den kommunistischen Antrag auf Streichung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Für die Streichung stimmen Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichskanzler und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streichungsantrag wird mit 224 gegen 153 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schlußrate für den Kreuzer „Köln" namentlich abgestimmt. Der Streichungsantrag wird mit 334 gegen 44 Stimmen abgelehnt. **Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener verfällt gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der Ablehnung.** Angenommen wird ein Antrag der Wirtschaftspartei, umgehend ein auf lange Sicht abgestelltes Bauprogramm für die Marine vorzulegen, das alle Deutschland aus dem Versailler Vertrag belassenen Rechte für die Ausrüstung der Marine erschöpft. Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Damit sind die Abstimmungen zum Etat des Reichswehrministeriums erledigt, und das Haus setzt die Aussprache zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Abgeordneter Brüning (Ztr.) erklärt es für wünschenswert, dem deutschen Volke die ganze Tragweite der Pariser Belastungen für zwei Generationen klarzumachen. Der Redner begrüßt die Ankündigung eines Finanzprogrammes durch den Minister und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit einer Steuersenkung, namentlich einer Senkung der Realsteuern.

Abgeordneter Ende (Komm.) charakterisiert gerade den Haushalt der Finanzverwaltung als Klassenetat. Die Proletarier müßten alle aufbringen. Jede fünfte Stunde sei in Berlin ein Selbstmord eines Proletariers fällig, den die Not in den Tod treibe. Der Redner erklärt: wir verneinen, fassen und bekämpfen diesen Staat und bewilligen ihm keinen Groschen. Wir verzichten deshalb auch auf Anträge, die mit Hilfe der Sozialdemokraten doch nur abgelehnt werden.

Abgeordneter Dr. Kulenkampff (Dvp.) fordert, daß sich der Sparwille bei Reich, Ländern und Gemeinden immer weiter durchsetze. Von dem guten Willen der Beteiligten werde es abhängen, ob der Reichstag ein Sperrgesetz gegen die Ueberhöhung der Realsteuern schaffen müsse. Man müsse nötigenfalls auch zum Aufgabenaufbau schreiten, um den Ausgabenabbau zu ermöglichen. Steuern und Soziallasten betragen heute bei einer Produktion von etwas über 60 Milliarden über 33 Prozent gegen 12½ Prozent vor dem Kriege bei einer Produktion von 40 Milliarden. Der Redner verlangt, daß neue Ausgaben unter keinen Umständen bewilligt werden. Auch vor der Gefahr der Unpopularität dürfe man nicht zurückschrecken. Der Haushalt müsse ein Minimum darstellen, nicht ein Maximum. Er dürfe nicht nach dem Grundsatz zur Auffstellung gelangen, wie für kurze Sicht den lautesten Bevölkerungsgruppen nachgegeben werden könnte. Kein Pfennig der in Paris ersparten Ausgaben dürfe anders verwandt werden als zur Lastensenkung. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Deutsche Volkspartei eifern an ihrer Forderung festhalten werde: Anhalten und Senkung der Lasten, wenn es sein muß, mit rigorosen Mitteln in der festen Erwartung, daß dadurch die Belebung der deutschen Wirtschaft als das Endziel erreicht wird.

Für Rheinland und Saar.

Kundgebung des „Reichsverbandes der Rheinländer".

= **Stuttgart**, 17. Juni.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die Befreiung von Rhein und Saar gestaltete sich die mehrtägige Tagung des „Reichsverbandes der Rheinländer" in Stuttgart.

Gehaltvolle Reden und Vorträge, in die die namhaften Politiker wie Staatspräsident Dr. Bolz, der Vorsitzende des Landesverbandes der Rheinländer in Württemberg Dr. Gottschalk, Oberbürgermeister Dr. Lautenschläger, der Präsident des Saarlandesrates Scheuer, Regierungsdirektor Staehler, Staatssekretär a. D. Dönhoff, Amtsgerichtsrat Dr. Spiecker, und Prof. Kaufmann teilten, bildeten den Auftakt zu einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Wir fordern als deutsches Recht die sofortige bedingungslose Räumung, die Ablehnung jeder Gegenleistung für den Abzug der Besatzung, die Verweigerung jeder Art Sonderkontrolle, wir erwarten sofortige Rückkehr des Saargebietes, die Zurückweisung jeden Gedankens an einen Saarfreistaat nach Danziger Muster, die Verwerfung jeder wirtschaftlichen und zollpolitischen Bindung an Frankreich."

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Feier ihren Abschluß, deren Teilnehmer noch durch die Stadt Stuttgart offiziell begrüßt wurden. Den Beginn der Woche verbringen die Rheinländer bei gemeinsamen Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung der württembergischen Hauptstadt.

Ein Brief des Reichskanzlers?

Amtlich wird erklärt: die Sachverständigen waren in ihren Entscheidungen frei.

⇨ **Berlin**, 17. Juni.

Zu der Mitteilung des „Montags", wonach der Reichskanzler Müller mit Zustimmung des Reichskabinetts an die deutschen Sachverständigen in Paris ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe, den Young-Plan unter Hintansetzung wirtschaftlicher Erwägungen anzunehmen, wird von Berliner zuständiger Stelle erklärt, daß, wenn der Reichskanzler einen Brief geschrieben habe, dieser nicht in dem vom „Montag" angeführten Sinne gehalten sein könne.

Weltbund der Frauen.

Eröffnung des 11. Weltkongresses für staatsbürgerliche Frauenarbeit.

⇨ **Berlin**, 17. Juni.

In den überfüllten Krollfestsälen wurde der 11. Kongreß des Weltbundes für staatsbürgerliche Frauenarbeit eröffnet, der zugleich sein 25jähriges Bestehen feiert. Aus allen Teilen der Welt sind Vertreterinnen herbeigestürmt. Der Saal ist mit Fahnen aller Länder geschmückt.

Nach kurzer Ansprache der Vorsitzenden des Weltbundes Mrs. Corbeth-Ashby begrüßte Reichsminister Severing den Kongreß namens der Reichsregierung. Es folgten weitere Ansprachen durch die Vorsitzende des deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes Dorothee von Velsen, die Vertreterin des Völkerbundes Rachel Crowdy und die Vertreterin des Internationalen Arbeitsamtes Frau Mundt. Dann sprach Frau Furuhjelm, Mitglied des finnischen Parlaments, zu dem Thema „25 Jahre Frauenstimmrecht". Als Vertreterin der Länder ohne Frauenstimmrecht hielt Frau Brunsvig (Frankreich) eine Ansprache. Den Schluß der Eröffnungssitzung bildete ein Vortrag der Reichstagsabgeordneten Frau Adele Schreiber-Krieger.

Viel beachtet wurde es, daß Minister Severing, als er in seiner Begrüßungsansprache erklärte, der Versailler Vertrag sei kein Friedensvertrag zwischen Gleichberechtigten, sondern ein erzwungenes Friedensdiktat gewesen, von allen Bänken stürmischer Beifall entgegenschall.

Macdonald und Jaspar in Paris?

Datum und Ort für die Räumungskonferenz.

⇗ **Paris**, 17. Juni.

Aus Erklärungen, die Briand nach Schluß der Völkerbundsratstagung abgegeben hat, ist hervorzuheben, daß der französische Außenminister äußerte, er hoffe, Stresemann bei seiner Durchreise in Paris zu sehen und mit ihm „einige schon in Madrid begonnene Besprechungen fortzusetzen". Der Madrider „A.B.C." behauptet, **Poincaré werde diesen Besprechungen beiwohnen, die der Rheinlandräumung gelten sollen.**

Dem Pariser „Journal" zufolge sollen auch Ramsay Macdonald und der belgische Minister Jaspar nach Paris kommen, wo man alsdann Datum und Programm für die kommende Konferenz festsetzen werde. Dem **„Oeuvre" zufolge ist eine prinzipielle Einigung zwischen Frankreich, England und Deutschland über die politische Konferenz in Madrid bereits erfolgt.** Der „Excelsior" gibt ein ganzes Programm der kommenden diplomatischen Auseinandersetzung. Erst soll eine technische Konferenz zur

Organisation der Weltbank

und zur Ueberleitung vom Dawes-Plan zum Young-Plan einberufen werden. Diese Konferenz dürfte in der zweiten Hälfte des Juli in Baden-Baden stattfinden. Der Reparationsagent Parker Gilbert würde an der Uebergangsarbeit teilnehmen. Am 25. August ungefähr werde der Organisationsausschuß der Weltbank eine Sitzung haben, um die letzten Bestimmungen zu treffen. Als Sitz der Bank wünschen die Franzosen und Belgier Brüssel, die Deutschen Amsterdam, die Engländer London, die Amerikaner Basel. Nach Abschluß dieser technischen Besprechungen würden

die Minister zu einer politischen Besprechung

zusammenkommen, ungefähr Mitte des August. Wenn alle Fragen soweit geregelt werden könnten, daß am 1. September die Weltbank zu arbeiten beginne, würde während der Tagung des Völkerbundes in Genf über die Rheinlandräumung gesprochen werden.

Der letztere Punkt dürfte kaum zutreffen. Berlin dürfte sich kaum darauf einlassen, daß Weltbank und Youngplan in Kraft treten, bevor über das Schicksal der Besatzung restlos Klarheit geschaffen ist. Das System der „Vorleistungen" muß ein Ende haben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290620-17/fragment/page=0001

Stadt und Land.

B. P. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist groß. Noch schlimmer ist, daß er sich immer mehr verschärft. Die industrielle Entwicklung nimmt schnellere und schnellere Formen an. Damit steigt die Menschenansammlung in den Großstädten, die wie Magneten auf die Landbevölkerung wirken. Wenn wir die Beweggründe analysieren, die den einzelnen in die Stadt ziehen, so finden wir vor allem den größeren Verkehr mit allen Annehmlichkeiten der Geselligkeit, die vielen Vergnügen, bei der Jugend auch die Unabhängigkeit von den Eltern, den Mangel an Aufsicht. Daneben dürfen wir auch ernstere Gründe nicht unerwähnt lassen. Die Stadt bietet erheblich mehr Bildungsmöglichkeiten, und dem Strebsamen ein schnelleres Fortkommen. Damit werden dem flachen Lande gerade die beweglichen Elemente entzogen.

Das Seltsame ist, daß der Großstädter die Reize des städtischen Lebens mitunter als Last empfindet. Dann treibt es ihn hinaus in die freie Natur. Wald und Wasser und Berge locken, das Primitive der Einsamkeit wirkt auf uns erfrischend, wie neu geboren kehren wir nach einigen Tagen des Landlebens in den nervenaufreibenden Trubel der Großstadt zurück. Freilich diese vorübergehende Abkehr von der Stadt nützt dem flachen Lande wenig, wertvoll auch für den Einzelnen der Wechsel der Umgebung sein mag.

Das Problem von Stadt und Land ist an sich nicht spezifisch deutsch. Aber gerade in Deutschland machen sich die ungünstigen Folgen der Entwicklung besonders bemerkbar. Durch den Versailler Vertrag mit seinen großen Landverlusten hat sich der Mangel an Lebensraum für uns verschärft. Infolgedessen wirkt die ungleichmäßige Verteilung der Bevölkerung mit doppelter Wucht.

Dazu kommen aber die politischen Komplikationen. Wie zwei Saugpumpen wirken auf den deutschen Osten einmal die Viermillionenstadt Berlin, dann auch die immer weiter sich ausdehnende Großindustrie im Westen. Tausende und Abertausende wandern alljährlich von Osten nach Westen. Auf den menschenarmen Osten drückt Polen, das mit seinem großen natürlichen Bevölkerungszuwachs eine furchtbaren Gegner darstellt. Unsere Ostfront ist so zermürbt, das alles getan werden muß, um sie zu stärken. Der Zug nach dem Westen, den wir erleben, ist gerade Gegenteil der Volksbewegung im Mittelalter. Damals zogen die Bauern scharenweise aus dem übervölkerten Südwesten nach dem rauhen Osten, um sich Land zu suchen. Viel härter war es in jenen Zeiten, sich veränderten Lebensbedingungen anzupassen. Aber die Liebe zur Scholle überwand alle Hindernisse. Das eben fehlt uns. Die innige Verbindung des Menschen mit dem Boden ist gelöst. Das moderne Leben mit seinen tausend Lockungen hat diesen Urtrieb überwuchert. Es ist die Schicksalsfrage unseres Volkes, ob es gelingt, das Unkraut auszujäten. Andernfalls kann uns keine Macht der Erde vor dem Schicksal retten, in anderen, kräftigeren Völkern allmählich aufzugehen. Die Regierung kann naturgemäß nicht allzuviel tun, um die Ungunst der Verhältnisse auszugleichen. Leider geschieht aber manches, was die Lage noch verschlimmert. Der politische Sinn unseres Landvolkes ist nicht allzu geschult. Wenn es für seine Nöte, an denen es sich unschuldig fühlt, kein Verständnis findet, dann wendet es sich eben ab und verliert sein Vertrauen. Die andauernde Fabrikation von Gesetzen geht über den einfachen Sinn des Landmannes hinaus. Dabei werden manche Verordnungen nicht nur ohne Berücksichtigung seiner Interessen sondern direkt gegen diese erlassen. Um hier erfolgreich Wandlung zu schaffen, muß bei den anderen Bevölkerungsschichten das Verständnis für die Wichtigkeit der Landwirtschaft geweckt werden. Die Landbevölkerung ist die wichtigste Menschenreserve, auf der auch die Entwicklung unserer Großstädte und der Industrie beruht. Wenn mehr Städter einsehen, daß sie nicht bloß von der Produktion an Nahrungsmitteln, sondern auch von dem Bevölkerungsnachwuchs des flachen Landes abhängig sind, werden sie dessen berechtigten Forderungen ein williges Ohr leihen.

Die Verständigung ist gar nicht so schwer, wie sie aussieht. Es gehört nur dazu ein wenig Einfühlen und Einsicht in die Nöte und in die Sorgen der anderen. Vor allem aber gehört dazu: Achtung voreinander.

London oder Baden-Baden?

Um den Tagungsort der politischen Reparationskonferenz.

⊙ **London**, 18. Juni.

Wie verlautet, wird der englische Staatssekretär des Auswärtigen, Henderson, schon in den nächsten Tagen mit Paris, Rom und Brüssel einen Gedankenaustausch über Ort und Termin der politischen Reparationskonferenz einleiten.

Vermutlich wird London der Tagungsort sein, doch sind auch andererseits Strömungen vorhanden, die einen Zusammentritt in Baden-Baden befürworten. In diesem Falle wäre die Reparationskonferenz die erste politische Konferenz, die nach dem Kriege, auf deutschem Boden stattfände.

Um die Hauszinssteuer.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages.

⊙ **Berlin**, 19. Mai.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages befaßte sich mit der weiteren Beratung der Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen und mit der Hauszinssteuer. Der Unterausschuß hatte eine Entschließung vorgeschlagen, wonach gefährt werden soll, wem die Hauszinssteuerhypotheken gehören. Die Vertreter Preußens und Bayerns wandten sich entschieden gegen die Absicht, die Hauszinssteuer als Reichseigentum zu erklären. Von seiten des Reichsarbeitsministeriums wurde der Standpunkt vertreten, daß diese Frage gelegentlich der Beratung der Reichsrichtlinien für das Wohnungswesen nicht zu entscheiden sei, sondern daß es sich um eine Frage des allgemeinen Finanzausgleiches handele.

Briand vor dem Ministerrat.

Nochmals Billigung des Youngplanes.

⊙ **Paris**, 19. Juni.

Die französische Ministerrat prüfte die Fragen der Kriegsentschädigung und auswärtigen Schulden. Poincare, Briand und Cheron gaben einen allgemeinen Ueberblick über die Gesamtlage. Die Regierung beschloß einstimmig, die Vorschläge des Sachverständigenausschusses bezüglich der Regelung der Zahlungen zu genehmigen und die Ratifizierung zusammen mit den übrigen beteiligten Regierungen zu verfolgen.

Der Kabinettsrat einigte sich dann über die Erklärungen, die am Mittwoch vor dem Finanzausschuß und dem Auswärtigen-Kammerausschuß abgegeben werden sollen. Briand erstattete schließlich Bericht über die Madrider Völkerbundsratstagung.

Entweder Young-Plan oder Rheinlandbesetzung.

„Ere Nouvelle" für vorzeitige Räumung.

Unter der Ueberschrift „Rheinpsychose" beschäftigt sich die radikale „Ere Nouvelle" mit der Räumungsfrage und weist darauf hin, daß es genüge, den Friedensvertrag von Versailles und den Young-Bericht durchzulesen, um sich darüber klar zu werden, daß die Aufrechterhaltung der französischen Rheinlandbesetzung über das Jahr 1935 hinaus eine Art Mißtrauen gegenüber den Alliierten und Europa bedeuten würde. Dem Buchstaben nach habe nun Frankreich zwar das Recht, die Besetzung über das Jahr 1929 hinaus auszudehnen, aber praktisch lägen die Dinge doch anders. Man könnte keinen Friedenszustand schaffen, indem man die Erinnerungen an den Krieg aufrechterhalte. Durch die Schlußfolgerungen der Sachverständigen werde eine enge Zusammenarbeit zwischen Schuldnern und Gläubigern gefördert. Deshalb könne man nur zwischen dem Sachverständigungsplan und der Rheinlandbesetzung wählen.

Ultimatum an Marschall Feng.

Er soll China verlassen.

⊙ **Peking**, 19. Juni.

Die Nankingregierung hat Marschall Feng ein neues Ultimatum übermittelt, in dem sie erklärt, Marschall Feng habe schon zweimal versprochen, China zu verlassen, bis jetzt habe er aber statt seine Vorbereitungen zur Abreise aus China zu treffen, die Zeit dazu benutzt, um seine Truppen gegen die Nankingregierung zu konzentrieren.

Die Nankingregierung fordert Feng nunmehr auf, innerhalb 72 Stunden das chinesische Gebiet zu verlassen und sich von Schanghai nach Europa einzuschiffen oder mit der sibirischen Eisenbahn sich nach Deutschland oder einem anderen europäischen Lande zu begeben. Komme Feng innerhalb der Zeit von 72 Stunden diesem Ultimatum nicht nach, so sehe sich die Nankingregierung gezwungen, militärisch gegen General Feng vorzugehen. General Feng hat bisher auf das Schreiben der Nankingregierung keine Antwort gegeben. Es wird daher angenommen, daß der Kampf zwischen Feng und der Nankingregierung unvermeidbar geworden ist.

Aus dem In- und Auslande.

Ausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen.

Berlin, 18. Juni. Der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen befaßte sich mit Richtlinien über Gewährung von Reichszwischenkrediten für die landwirtschaftliche Siedlung. U. a. wurde beschlossen, für die höchsten zweijährigen Zwischenkredite den Zinssatz auf 5 Prozent festzusetzen und auch für die Verzinsung des eigenen Kapitals, das die Siedler für den Erwerb der Stellen und für das Inventar aufwenden müssen, den Zinssatz auf 5 Prozent zu begrenzen.

Der Prozeß gegen Ulitz.

Kattowitz, 18. Juni. Der Prozeß gegen Ulitz ist für Donnerstag, den 27. Juni, vor der Strafkammer in Kattowitz angesetzt. Die Ansetzung des Prozesses noch vor den Gerichtsferien dürfte darauf zurückzuführen sein, daß man den Prozeß noch nach der alten deutschen Strafordnung die bis jetzt noch in den abgetretenen Gebieten gilt, durchführen will, da am 1. Juli die neue polnische Strafordnung in Kraft treten wird.

Tiroler Landesregierung gegen Zerstörung der Grenzsteine.

Innsbruck, 18. Juni. Die Tiroler Landesregierung veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der darauf verwiesen wird, daß in den letzten Jahren an der Tiroler-italienischen Grenze fast hundert Grenzsteine von Touristen zerstört oder beschädigt worden seien. Sie warnt vor weiteren derartigen Verletzungen der Grenzzeichen, die zudem für die Grenzbevölkerung unangenehme Folgen hätten.

Japan zu Seeabrüstungsverhandlungen bereit.

London, 18. Juni. Der japanische Ministerpräsident, Baron Tanaka, sprach sich mit großer Genugtuung über die Zusammenkunft zwischen Ramsay Macdonald und General Dawes aus, die er als vielversprechenden Auftakt zu neuen Flottenabrüstungsverhandlungen ansieht. Tanaka erklärte, daß Japan bereit sei, sich an neuen Flottenverhandlungen zu beteiligen, und alles in seinen Kräften Stehende tun werde, um den Weltfrieden zu sichern.

Australien beschränkt die Rüstungsausgaben.

London, 18. Juni. Die australische Regierung beschloß die diesjährigen Rüstungsausgaben wie folgt zu kürzen: Flotte um 8 Millionen Mark, Luftstreitkräfte um 5 Millionen und Armee um 3 Millionen Mark. Die Inangriffnahme des umfangreichen Luftverteidigungsprogramms, das vom englischen Luftfahrtministerium ausgearbeitet war, wird damit um mindestens ein Jahr verzögert werden.

Fräulein Deutschland

Roman von Rosa Porten.

(15. Fortsetzung.) (Urheber-Rechtsschutz Dimag, Berlin SW 19.)

Als die Türen zum Eßzimmer wieder geöffnet wurden und die durstigen Gäste sich zu kühlem Pilsner um den Tisch sammelten, benutzte Deri geschickt die Gelegenheit, wieder an Ediths Seite zu kommen, von der er bis zum Schluß des Abends nicht mehr wich. Er war völlig im Banne dieses klugen, frischen Wesens, gegen die die ältere Schwester ihm nur wie ein verwässerter Abguß erschien. Je länger und angeregter er sich mit ihr unterhielt, um so klarer wurde es ihm, daß sie alles das in Wirklichkeit besaß, was seine glühende Phantasie in Theas ihm jetzt plötzlich leer scheinendes Gesicht hineingeheimnißt hatte. Er dachte gerade daran, wie günstig es für ihn sei, daß Kramer sich so ausschließlich um die zukünftige Filmdiva kümmere, da verblüffte ihn Edith mit der unerwarteten Frage, was er von Kramer halte. Nur einen Moment zögerte er, dann siegte die Offenheit und Gradheit, die sein ganzes Wesen auszeichnete.

„Ich mag ihn, ehrlich gesagt, nicht sonderlich leiden," sagte er, über und über errötend, da er fürchtete, Edith könne sein Urteil mißdeuten. „Seine kalte Berechnung, sein Streberium mißfällt mir. Und doch ist er vielleicht der rechte Mann für ihr Fräulein Schwester, die jemanden braucht, der sie vorwärts treibt. Ich bin überzeugt, die beiden werden zusammen — sehr viel Geld verdienen."

Edith lächelte.

„Ich freue mich," sagte sie nach kurzer Ueberlegung, „daß Sie genau das ausgesprochen haben, was ich schon lange instinktiv fühlte. Ich wollte eigentlich erst Thea vor Kramer warnen, da ich ihn für einen üblen Spekulanten hielt."

„Tun Sie es nicht, Fräulein Lossen! Ihr Einspruch würde die beiden nur inniger zusammenbringen, statt sie zu trennen."

Edith schwieg. Die Sicherheit dieses Mannes wirkte so beruhigend. Der würde seinen Weg auch finden, — aber ohne kleinliche Berechnung und ohne Hintertüren, wie dieser Herr Arthur Kramer, — das fühlte sie. Wie schön müßte es sein, an seiner Seite zu kämpfen, durch gemeinsame Aufgaben verbunden, das gleiche, hohe Ziel vor Augen ...

Plötzlich, wie von einer Eingebung getrieben, hielt sie ihm die kleine, energische Rechte hin.

„Wollen wir Freunde sein, Herr Deri?" fragte sie leise aber bestimmt.

Eugen glaubte nicht richtig gehört zu haben und sah sie so verdutzt an, daß sie fast gelacht hätte.

„Ich biete Ihnen meine Freundschaft an," wiederholte sie, „schlagen Sie sie aus?"

Nun ergriff er die dargebotene Hand, die er, noch immer wortlos, wieder und wieder drückte.

VI.

Es war an einem nebligen Novembermorgen, an dem Thea früher, als es sonst ihre Gewohnheit war, gähnend erwachte. Unruhe, fiebrige Erwartung hatten sie nicht schlafen lassen. Dieser Tag mußte die Entscheidung darüber bringen, ob sie eine Künstlerin von Weltruhm werden oder als kleine Filmschauspielerin, wie es deren so viele gab, weiterleben sollte. Im vornehmsten Stadtteil sollte abends ein mit noch nie dagewesener Pracht ausgestattetes Lichtspieltheater eröffnet werden und Direktor Rechmann hatte, als geschickter Geschäftsmann, der er war, beschlossen, diese Gelegenheit zu benutzen, dem Publikum und der Presse zum ersten Male Thea Lossen zu zeigen. Er hatte es gegen Dunst und Schmitthenner durchgesetzt, daß seine neue Hauptdarstellerin gleich in der Glanzrolle eines „Großfilms" an die Oeffentlichkeit trat, nicht wie seine Mitdirektoren gewollt, erst mit kleinen Versuchen.

„Gefällt sie," so hatte er gefolgert, „ist es uns ein leichtes, sie mit etwas Reklame den Leuten als Größe von Rang aufzuzwingen, — fällt sie durch, lassen wir sie in Zukunft eben nur dritte, höchstens zweite Rollen spielen und greifen auf die Holm zurück. Was riskieren wir dabei ..? Wenig! Wir können nur gewinnen!"

Und nun war der große Tag gekommen!

Im Wohnzimmer ließ die Standuhr sechs sonore Schläge ertönen. So früh war es also noch!

Vergeblich versuchte Thea wieder einzuschlafen, — ihre Gedanken ließen ihr keine Ruhe. Sie schweiften in die Zukunft: Sie sah sich als Liebling der Menge, umschwärmt von Tausenden, von allen verehrt, besonders aber von Arthur, ihrem Gatten ... Plötzlich fiel ihr ein, daß Kramer in den letzten Tagen merkwürdig zurückhaltend gegen sie gewesen war. Sie hatte ihn ganz harmlos gefragt, ob es nicht bald an der Zeit wäre, daß er einmal mit Mutter Lossen ein ernstes Wort spräche, damit sie ihr Glück nicht mehr vor der Welt zu verbergen brauchten. Da hatte er ganz seltsam gelächelt und sie eine kleine Spießbürgerin genannt. Seitdem war er merklich kühler gegen sie, ohne daß sie begreifen konnte, warum.

Ein Klappern ertönte. Die Morgenzeitung war in den Briefkasten eingeworfen worden. Sie holte das Blatt, setzte sich bequem im Bett zurecht und entfaltete sie mit einer gewissen Feierlichkeit. Im Vergnügungsteil mußte die gesuchte Anzeige stehen. Ihr schlug das Herz bis an den Hals, als sie jetzt ihren Namen entdeckte. „Thea Lossen" stand da in riesengroßen Buchstaben, die keiner übersehen konnte. „Die Erstaufführung des großen Reßmannfilms „Die Verlassenen" findet heute abend 9 Uhr statt. In der Hauptrolle Thea Lossen."

Sie hatte den Entwurf zu der Anzeige schon gesehen, denn sie war dabei gewesen, als Reßmann sie aufgesetzt und auf Direktor Dunsts Veranlassung das „Fräulein" vor ihrem Namen gestrichen hatte, weil die einfache Namensnennung besser wirke, — aber sich so gedruckt zu sehen, war doch ein ganz eigenartiges Gefühl. Allerdings stand dies alles vorläufig nur im Anzeigenteil, — morgen aber, davon war sie überzeugt, würde ihr Name auch unter dem Strich, da wo die Besprechungen der Erstaufführungen starden, zu finden sein ....!

Da Edith, die neben ihr noch schlief, sich jetzt leise seufzend auf die andere Seite wandte, legte Thea vorsichtig die Blätter zusammen. Bald versank sie wieder in Träumereien, die aber jetzt den nächsten Ereignissen galten. Der heutige Abend beschäftigte sie aufs Neue, besonders die Frage, ob das Spitzenkleid, in dem sie der Eröffnung beiwohnen wollte, wohl elegant genug sei, wenn sie sich vielleicht dem Publikum zeigen müßte ... Anfangs hatte sie es schroff abgelehnt, überhaupt ins Theater zu kommen. Erst als Dunst wie beiläufig erwähnte, daß die Holm stets anwesend war, wenn eine neue Lichtspielbühne mit einem ihrer Stücke eröffnet wurde, hatte sie plötzlich ihren Widerstand aufgegeben.

Endlich war es Zeit zum Aufstehen. Als Thea bereits vor dem Spiegel ihres Toilettentisches saß, erwachte auch Edith.

„Morgen, Kleines!" rief Thea ihr munter zu, „beeil' dich, damit wir einmal zusammen Kaffee trinken können!" „Nanu? Ist denn heute Sonntag? Gehst du denn nicht ins Atelier?"

Edith rieb sich verschlafen die Augen.

„Ach so," sagte sie schließlich, da die Schwester ihr keine Antwort gab, „jetzt entsinne ich mich: Heute ist ja der große Tag."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290620-17/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. Juni 1929

* **Verbot der Geschwindigkeitsrennen auf der offenen Landstraße.** Die zuständigen preußischen Zentralstellen haben soeben in einem Runderlaß die Abhaltung von Geschwindigkeitsrennen sowie allen Rundrennen auf offenen Straßen verboten. In dem Erlaß wurde dieses Verbot auch auf Motorräder ausgedehnt. Ausschlaggebend für den Erlaß waren in erster Linie die schweren Unfälle bei der Stendaler Kilometerprüfung und beim Lückendorfer Bergrennen. Zuverlässigkeitsfahrten, Gebrauchs- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen werden von dem Verbot nicht betroffen. So bedauerlich dieses Verbot für den Motorensport ist, so hat die Maßnahme der Behörden doch eine gewisse Berechtigung. Es ist wiederholt auf die Gefahren der Rennen auf offener Straße hingewiesen, denn sie können bei den heute so enorm gesteigerten Geschwindigkeiten jederzeit große Unglücksfälle im Gefolge haben.

* **Ein Zusammenstoß** zwischen einem Motorrad und Auto ereignete sich gestern in Bergwitz an der 5-Straßenkreuzung beim Goldenen Anker. Auf das Personenauto des Landrats von Trebra, das von der Bahnhof-Straße aus auf die Hauptchaussee einbiegen wollte, fuhr von Wittenberg kommend ein Motorradfahrer auf. Das Motorrad wurde stark beschädigt, während der Sturz des Fahrers durch den seitlich angebrachten Reservereifen stark gemildert wurde, sodaß er mit leichteren Verletzungen davongekommen ist. Anscheinend ist dieser Unfall durch schnelles Fahren herbeigeführt.

* **Theater.** Am Sonntag, den 23. Juni, wird wieder einmal das Kurtheater Bad Schmiedeberg (früher Stadttheater Wittenberg) ein Gastspiel geben. Zur Aufführung gelangt die Operette „Schwarzwaldmädel", Musik von Leon Jessel. Wir lesen in einer auswärtigen Zeitung folgenden Bericht: Ein vollbesetztes Haus erfreute sich gestern abend an der wohlgelungenen Aufführung der Operette „Schwarzwaldmädel". Der reich gespendete Beifall war ein wohlverdienter, denn unsere Bühnenmitglieder gaben angesichts des guten Besuchs alle ihr Bestes. Was für eine prächtige Rolle schuf Kurt Preiß mit seinem Domkapellmeister und wie gefühlsinnig spielte Mizzi Durst ihr Bärbele. Hinter diesen beiden im Vordergrund der Handlung stehenden Rollen traten die übrigen natürlich etwas zurück. Liebliche Bilder boten die feschen Schwarzwaldmädels, an ihrer Spitze natürlich Liddi Perlinski. Recht gut gelungen war auch Ida Hild in ihrer Rolle der alten Traudel. Der vielseitige Ochsenwirt Jürgen (Hans Strüning) gab sich sehr gewichtig. Leo Silpert war wie immer der gewandte Gummimensch, ohne den man sich die Tanzszenen nicht mehr denken kann. Für Humor sorgte auch der „totschicke" Schmußheim. Die Tanzschlager „saßen" alle und manchem der Besucher klangen die Melodien von dem Mädel aus dem schwarzen Wald oder den im Tanze erklingenden Geigen noch lange in den Ohren nach. Es steht daher wieder ein genußreicher Abend in Aussicht. Allen Lesern und Leserinnen sei der Besuch angelegentlich empfohlen.

* **Bundestag des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten in Dortmund.** Vom 23. bis 26. Juni d. J. hält der Reichsbund der Zivildienstberechtigten in Dortmund seinen 32. Bundestag ab. Der Reichsbund ist die alleinige Spitzenorganisation und Vertretung von 125 000 ehemaligen aktiven Berufssoldaten der alten und der neuen Wehrmacht sowie derjenigen Angehörigen der Schutzpolizeien und des Reichswasserschutzes, die mit dem Polizeiversorgungsschein ausgeschieden sind. Der Bundestag wird mit einer großen öffentlichen Kundgebung am Sonntag, dem 23. Juni, in der Westfalenhalle eingeleitet. Das Hauptreferat hat der bekannte Beamtenrechtler Ministerialdirektor a. D. Dr. Falk übernommen. Im Hinblick auf die ernsten Aussprachen bei Beratungen des Reichswehretats darf man der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem Bundestag gelingen wird, Vorschläge zu finden, die eine Abstellung der Mängel auf dem Gebiete der Zivilversorgung herbeiführen. Ohne eine gute Zivilversorgung dürfte Aufbau und Erhaltung der Wehrmacht kaum möglich sein.

— **Die Heidelbeere als Hausmittel.** Die Heidelbeere gehört zu den bekanntesten Hausmedizinen. Bei leichtem Mund-, Rachen- und Hauskatarrh leisten Ausspülungen mit Heidelbeersaft gute Dienste mit dem Vorteil, daß es nichts schadet, wenn von dem Saft etwas in den Magen gelangt. Der Purpurfarbstoff der Beere dringt in die entzündeten Häutchen und Gewebe ein, wodurch infolge Zusammenziehung eine Schutzschicht für die darunter liegenden Gewebe entsteht, so daß weitere mechanische Reizungen von der erkrankten Stelle abgehalten werden und die Heilung rasch befördert wird. Man zieht verdünnten Heidelbeersaft auch in die Nase gegen Schnupfen. Die getrockneten Beeren wirken als gutes Mittel gegen Durchfall und Ruhr und sind darum offiziell im Handel.

Seegrehna. (Unglücksfälle.) Beim Heuaufladen auf den Elbwiesen fiel Sonntag nachmittag die Ehefrau des Landwirts Prietzsch aus Selbig vom Heuwagen und erlitt erhebliche Verletzungen, darunter einen Armbruch. In den Abendstunden verunglückte der Gastwirt und Gemeindevorsteher Kühnast aus Naderkau schwer. Er kam mit Heu von den Elbwiesen gefahren. In der Nähe des Forsthauses Breske scheuten die Pferde und gingen mit dem hochbeladenen Heuwagen durch. K. geriet unter die Räder, welche den Kopf schrammten. Hilfsbereite Hände waren schnell zur Stelle und schafften den in den fünfziger Jahren stehenden schwerverletzten Mann ins nahe Forsthaus.

Düben. (1000-Jahrfeier und Altersheimbau.) Die Stadtgemeinde Düben begeht vom 30. Juni bis 7. Juli d. Js. die 1000 Jahrfeier mit Heimatfest. Bei dieser Gelegenheit soll eine Verlosung veranstaltet werden, um die noch fehlenden Mittel für das seit vielen Jahren geplante Altersheim aufzubringen. Die Geldentwertung hatte den bereits angesammelten Bestand fast wertlos gemacht. Zahlreiche Spenden haben ihn wieder auf 10000 RM. anwachsen lassen. Dazu kommt das von Herrn Dr. med Zäpernick in hochherziger Weise übereignete Bauland. Zu der beabsichtigten Verlosung ergeht an die Gewerbetreibenden, Handwerker und Landwirte der Stadt die herzliche Bitte, aus ihren Erzeugnissen eine Kleinigkeit für das Wohl der alten Leute aufzuwenden; aber auch alle anderen Gebefreudigen werden gebeten, ihr Scherflein als Baustein zu dem großen Werk beizutragen, damit den „Alten" ein angenehmer, sorgenloser Lebensabend geschaffen werden kann.

Dessau. Am Sonntag ertrank der 12 Jahre alte Sohn des Jagdaufsehers Pludau, als er die Mulde durchwaten wollte, in der Nähe von Priorau. — Der 19jährige Elektromonteur Brandt aus Zerbst wollte seinen jüngeren Bruder retten, der beim Baden in der Elbe unterging. Er brachte den Bewußtlosen auch ans Ufer, erlitt aber einen Schwächeanfall und ertrank. Dagegen konnte der jüngere Bruder wieder zum Leben zurückgerufen werden

Halle a. d. S. Gerettet. Am Nachmittag war ein 18jähriger Junge beim Baden in den Strudel des Saalewehrs an den Ratswiesen geraten. Der Junge, der schon mehrere Male untergetaucht war, rief um Hilfe. Zwei junge Leute, Rudolf F. und Fritz R., die auch zufällig dort baden wollten, retteten den Knaben, der immer wieder vom Strudel gegen das Wehr gezogen wurde, vom Tode des Ertrinkens.

Dessau. Wertvoller Münzenfund. Beim Abbruch eines Hauses in der Steinstraße stießen Arbeiter auf eine Tonurne. Leider wurde die Urne, die etwa 50 Zentimeter unter der Erde lag, zerschlagen. Es kamen aber dadurch einige tausend silberne Münzen zum Vorschein. Diese waren alle recht gut erhalten. Sie sind von den verschiedensten Ländern und Städten geprägt; aus den Jahreszahlen geht hervor, daß die Urne diesen Platz vor rund 200 Jahren erhalten hat. Das Silbergewicht beträgt ungefähr 20 Pfund.

Merseburg. Nach dem Polterabend —— Nachts verunglückte auf der Landstraße von Frankleben nach Groß-Kayna der Arbeiter Schunke aus Runstedt tödlich. Er befand sich mit seinem Motorrad auf der Heimfahrt von einem Polterabend bei seinem Freunde und fuhr mit dem Motorrad in einer Kurve mit voller Wucht gegen einen Baum. Die schweren Schädelverletzungen führten seinen sofortigen Tod herbei.

Eisleben. Kutscher begeht Sittlichkeitsverbrechen. Nachmittags gegen 4.45 Uhr hat der Kutscher eines Pferdegeschirrs an der Ecke Kloster- und Lindenstraße in Eisleben ein fünfjähriges Mädchen und einen gleichaltrigen Jungen unter Versprechungen zu sich auf den Wagen genommen. Er ist mit den Kindern in Richtung Sporthaus in das Feld gefahren. Dort hat sich der Kutscher an dem Mädchen in schwerster Weise unsittlich vergangen. Bisher ist es nicht gelungen, den Täter zu ermitteln.

Weißenfels. Vorsicht mit Benzin! Die Frau eines auf der Domäne beschäftigten Arbeiters räucherte um die Ameisen zu vertreiben, die Wohnung mit brennendem Papier aus. Um die Flamme zu entfachen, half sie mit Benzin nach. Durch die sich entwickelnden Dämpfe entstand eine fast zwei Meter hohe Stichflamme. Die Frau erlitt schwere Brandwunden. Ein ausbrechender Brand konnte noch rechtzeitig gelöscht werden.

Gerbstedt. Einbrecher gefaßt. Seit einiger Zeit wurde Gerbstedt und Umgegend durch Einbrecher beunruhigt, ohne daß es gelang, der Täter habhaft zu werden. Jetzt hat man einen der Diebe auf frischer Tat ertappt als er in Gerbstedt einem Einwohner 60 Mark entwendete. Der Dieb entpuppte sich als ein gewisser K. W. aus Heiligenthal, dem auch verschiedene Einbrüche dort und in Polleben zur Last gelegt werden. W. wurde nach Eisleben ins Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Tangerhütte. Rabiate Raufgesellen. In dem Lokal des Gastwirts A. Weiche kam es zwischen auswärtigen, am Bahnbau beschäftigten Arbeitern und hiesigen Einwohnern zu einer Rauferei. Die Polizei mußte mit Verstärkung anrücken und die Raufbolde auseinanderbringen. Schwer verletzt wurde der Schneidermeister, der sehr ernste Verletzungen am Kopfe und im Gesicht davontrug. Die Kampfhähne werden sich noch vor dem Gericht zu verantworten haben.

Sandersdorf. In der Röhre gefangen. Für die Durchführung der Kanalisationsarbeiten sind in verschiedenen Straßen die Rohre bereitgelegt, die eine willkommene Gelegenheit zum Versteckspielen bieten. Dabei sind Kinder ein paarmal in zu enge Röhren gekrochen und konnten nicht wieder heraus. In einzelnen Fällen mußten die Rohre zerschlagen werden.

Roßla. Von einem Wüstling überfallen. Ein junges Mädchen aus Dittichenrode wurde nachts auf der Straße Roßla—Bennungen von einem jungen Burschen überfallen und vergewaltigt. Die sofort angestellten Ermittlungen durch den zuständigen Oberlandjäger haben ergeben, daß ein Knecht aus Widerode als Täter in Frage kommt. Er hatte sein Opfer trotz dauernder Hilferufe in den Straßengraben geworfen und sein Vorhaben durchgeführt.

Leipzig. Frau in Flammen. Vormittags gegen 7.30 Uhr ereignete sich im Hause Breitenfelder Straße 74 ein schweres Unglück. Die im Waschhaus beschäftigte, etwa 56 Jahre alte Frau Anna Wienhold kam mit ihren Kleidern der Feuerung zu nahe und stürzte lichterloh brennend ins Haus und rief um Hilfe. Schnell herbeieilende Hausbewohner rissen der Frau die brennenden Kleider herunter. Mit schweren Brandwunden mußte die Unglückliche nach dem Krankenhaus St. Moritz übergeführt werden.

Zwickau. Alkohol verursacht Unheil. Auf der Staatsstraße Zwickau—Schneeberg sind in der Nähe des sog. „Kuchenhauses" in Weißbach zwei Motorradfahrer schwer verunglückt. Sie versuchten einen in gleicher Richtung fahrenden Personenkraftwagen zu überholen, wobei beide Fahrzeuge sich streiften und die Motorradfahrer auf die Straße geschleudert wurden. Der Mitfahrer, der 20 Jahre alte Bergarbeiter Albert Röder aus Vielau, fand dabei den Tod, während der Führer des Rades, der gleichaltrige Schuhmacher Brei aus Friedrichsgrün, so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Kirchberger Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Schuld soll den Führer des Motorrades treffen, der nach durchzechter Nacht die Fahrt angetreten hat.

Weimar. Sonntags muß er sitzen. Vor dem Schöffengericht hatte sich ein kaum 20jähriger „Portokassenjüngling", Bürogehilfe in Blankenhain, wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten. Beträge von 50 Pfg. bis zu 20 Reichsmark und eine gefälschte Unterschrift lagen der Anklage zugrunde. An sich kein Anlaß, um diesen Fall besonders hervorzuheben. Aber der junge Mann fand einen verständigen, menschlichen Staatsanwalt, der zwei Monate Gefängnis mit Bewährungsfrist unter der Bedingung beantragte, daß der Angeklagte zwei Monate lang die Sonntage bis zum Montag früh im Blankenhainer Gerichtsgefängnis verbringt. Das Gericht war weise genug, um dem Antrage zu entsprechen, damit dem Angeklagten die Möglichkeit der Beibehaltung seiner Stellung, in der er sich ordentlich führt, nicht genommen wird.

Plauen. Spirituskocher explodiert. In den Gartenanlagen des Gartenbauvereins „Taubenberg", wo ein Sommerfest abgehalten wurde, hatte ein hier an der Schulze-Delitzschstraße wohnender Handelsmann einen Würstchenstand errichtet. Zum Heißmachen der Würstchen verwendete er einen dreiflammigen Spirituskocher. Plötzlich explodierte dieser. Von den herausschlagenden Flammen wurde die an der vorderen Seite des Verkaufsstandes befindliche Leinwand in Brand gesetzt, während der Würstchenverkäufer durch die Explosion Brandwunden im Gesicht davontrug und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Dadurch, daß das Feuer von Mitgliedern des Gartenbauvereins rasch gelöscht wurde, ist weiterer Schaden verhindert worden.

Löbau. Fahrlässige Brandstiftung. Durch Feuer zerstört wurde der Dachstuhl des dem Friseur Thiele auf der inneren Zittauer Straße gehörigen Wohnhauses und des schmalen, langen Hinterhauses. Mit Hilfe der Motorspritze und Hydrantenleitungen gelang es der sofort erschienenen Feuerwehr, den gefährlichen Brand bereits in einer Stunde zu dämpfen. Als fahrlässiger Brandstifter kommt der einzige Bewohner des Obergeschosses, ein Friseurgehilfe, in Frage. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden ist bedeutend.

Rothenkirchen. Schadenfeuer. Nachmittag brach in dem Wohnhaus der Witwe Helene Seidel ein Schadenfeuer aus, wodurch das Haus, das von drei Familien bewohnt wird, bis auf die Umfassungsmauern niederbrannte. Da während des Brandes niemand im Hause anwesend war, konnte nur wenig gerettet werden. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Weimar. Zusammenstoß. Nachmittags gegen 15½ Uhr stießen zwei aus entgegengesetzt kommender Richtung fahrende Personenautos auf der Kegelbrücke heftig zusammen. Während das eine Fahrzeug unbedeutend beschädigt wurde, erlitt das andere, aus Berlin stammende, derartige Beschädigungen, (wie Losreißung des vorderen linken Rades), daß es abgeschleppt werden mußte.

Rastenberg. Vereinfachtes Verfahren. Ein ohne Licht fahrender fremder Motorradfahrer wurde von der hiesigen Polizei gestellt und zum Vorzeigen seiner Papiere aufgefordert. Da er sich aber ständig weigerte und ungebührlich benahm, wurde ihm von der Polizei kurzerhand das Motorrad beschlagnahmt, das er sich dann am anderen Tage nach seiner Ausweisung wieder holen konnte.

Gera. Maurer macht Millionenerbschaft. Ein beim Bau des hiesigen Handelshofes beschäftigter Maurer aus Bayern erbte jetzt durch den Tod eines seiner Verwandten in Amerika 2,5 Millionen Mark. Man will wissen, daß der „Millionär" am Tage, da ihm die Kunde von der Millionenerbschaft wurde, die Arbeitsstätte, ohne ein Wort zu verlieren, verließ.

Schwere Erdbeben.

Vorläufig 8 Tote gemeldet.

⊙ London, 18. Juni.

Die von allen führenden Erdbebenwarten der Welt in der vergangenen Nacht festgestellten mehrstündigen schweren Erdbeben haben in ganz Neuseeland besonders im Norden der südlichen Insel, sehr schweren Schaden angerichtet. Man befürchtet, daß die Zahl an Menschenopfern sehr groß ist.

Genaue Einzelheiten fehlen jedoch vorläufig noch, da jede Telegramm- und Telefonverbindung unterbrochen ist und nur eine drahtlose Verbindung mit dem Festland besteht. Durch das Erdbeben,

das schwerste seit 1901,

wurden zerstört: die Kraftstation in Tabaka, der Turm des Postgebäudes in Westport, wo auch sonst in der ganzen Stadt sehr großer Schaden angerichtet wurde, die Kraftstation in Nelson, die Spitzen der Kathedrale von Christchurch, Westport, ein wichtiges Zentrum für den Kohlen- und Goldbergbau, ist im ganzen schwer mitgenommen. Im Dezember v. J. war das südliche Neuseeland bereits von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden, durch das bedeutender Schaden angerichtet wurde.

Acht Todesopfer des Erdbebens.

Nach Berichten aus Wellington sind bei dem Erdbeben acht Personen ums Leben gekommen. Vier von ihnen wurden durch einen Erdrutsch von vielen tausend Tonnen im Stromgebiet des Westlandflusses verschüttet, zwei Personen werden in dem gleichen Gebiet noch vermißt.

Dr. Richter zum Tode verurteilt.

Außerdem Gefängnis wegen Meineids.

= Bonn, 18. Juni.

Unter atemloser Spannung wurde gegen 11 Uhr abends das Urteil in dem Mordprozeß Richter gefällt, und zwar wurde Dr. Richter wegen Meineids zu acht Monaten Zuchthaus, die umgewandelt sind in ein Jahr Gefängnis, verurteilt. Fünf Monate der verbüßten Untersuchungshaft sind auf das Urteil angerechnet. Wegen des Mordes an Frau Mertens wurde Dr. Richter zum Tode verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihm auf Lebenszeit aberkannt.

Revision eingelegt.

Dr. Richter hat zum Schluß der Verhandlung seine beiden Verteidiger gebeten, beim Reichsgericht gegen das Urteil Revision einzulegen, da er es nicht anerkenne.

Das Ende des Bonner Prozesses kommt in dieser Form kaum überraschend. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme gab es nur die Alternative: Todesurteil oder Freispruch. Die kalte, allzu gewandte Art, in der sich der Angeklagte verteidigte, war nicht dazu angetan, die Sympathie zu erwecken, die vielleicht zu einem Freispruch beigetragen hätte. Dazu kamen die stark belastenden Zeugenaussagen und die zum Teil geradezu vernichtenden Urteile der Sachverständigen. Das Geständnis des Meineides kam zu spät und hatte etwas Erzwungenes an sich — dazunoch das unbeholfene Schlußwort, das statt der Bitte um Freispruch eine gefühllose nüchterne Erklärung über die Herkunft des Strophantins wurde. In der Urteilsbegründung wird den Aeußerungen der Frau Mertens Glaubwürdigkeit zugesprochen und das Motiv dahingehend festgestellt, daß Richter Frau Mertens loswerden wollte, weil sie durch seine Schuld krank wurde und ihm zur Last fiel. Allerdings darf man nicht vergessen, daß es sich hier um reinen, wenn auch sogenannten „lückenlosen" Indizienbeweis handelt. Das Gericht hat auch dementsprechend beschlossen, sich für die Begnadigung des Verurteilten einzusetzen. Vielleicht aber ergibt schon die zu erwartende Revisionsverhandlung — so oder so — ein anderes Bild dieses an Rätseln reichen Falles.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290620-17/fragment/page=0003

Kleine Chronik.

Zusammenstöße zwischen Eingeborenen und Europäern in Durban. Wie Reuter aus Durban meldet, kam es dort in einer Bierhalle zu ernsten Zusammenstößen zwischen Eingeborenen und Europäern. Die Polizei nahm 20 Verhaftungen vor. Sechs der Verhafteten wiesen schwere Verletzungen auf. Als sich die Zusammenstöße am Abend wiederholten, machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Die Zahl der Opfer ist noch unbekannt, die der Verletzten ist sehr hoch.

Zur Erkrankung Sven Hedins. Nach einer Neuyorker Meldung hat die ärztliche Untersuchung Sven Hedins in Boston ergeben, daß eine Operation nicht notwendig ist. Sven Hedin wird sich noch vierzehn Tage lang in Amerika aufhalten.

Versorgungsdienststellen der Reichsverwaltung.

Das Versorgungswesen untersteht dem Reichsarbeitsministerium und hat die Betreuung der durch den Weltkrieg um ihre Gesundheit und Erwerbsfähigkeit gekommenen Personen, sowie der durch den Verlust ihrer Ernährer geschädigten Hinterbliebenen zum Ziel. Auf Grund des für diesen Personenkreis geschaffenen Reichsversorgungsgesetzes haben die Versorgungsbehörden festzustellen, ob ein Zusammenhang des vorhandenen Leidens mit dem früheren militärischen Dienst während des Krieges vorhanden ist, in welchem Grade sich die Erwerbsfähigkeit dadurch vermindert hat, welchen Beruf der Antragsteller ausgeübt hat und unter Berücksichtigung dieser und noch verschiedener anderer Feststellungen die zuständige Rente zu errechnen und auszahlen zu lassen. Zu unterscheiden sind hierbei Beschädigten-, Witwen-, Waisen- und Elternrente. Bei Bedürftigkeit wird durch die Fürsorgebehörden noch eine Zusatzrente gewährt. Ein Teil der Rente kann zum Zwecke des Erwerbs eigenen Grund und Bodens oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes kapitalisiert und in einer Summe ausgezahlt werden. Zur Heilung ihrer Leiden können Kriegsbeschädigte in einem Krankenhaus untergebracht oder ihnen eine Kur gewährt werden. Amputierte haben Anspruch auf die verschiedenen Arten orthopädischer Hilfsmittel, Blinde erhalten Führerhunde.

Um diesen großen Aufgabenkreis ordnungsmäßig, schnell und zum Besten der Kriegsopfer erfüllen zu können, sind eine Reihe von Behörden tätig, die unter dem Namen „Versorgungsbehörden" zusammengefaßt werden. Unter der obersten Leitung des Reichsarbeitsministeriums stehen als höhere Reichsbehörden — 14 (vom 1. August d. J. ab nur noch 12) Hauptversorgungsämter, denen die Aufsicht auf die Lokalbehörden obliegt und die Beschwerdeinstanz für den ihnen zugewiesenen Geschäftsbereich sind. Für die preußische Provinz Sachsen, die Länder Thüringen und Anhalt ist das Hauptversorgungsamt Magdeburg zuständig, das vom 1. August 1929 ab die Bezeichnung Hauptversorgungsamt Mitteldeutschland führen wird. Es wird von einem Direktor geleitet, dem 12 Oberregierungs- und Regierungsräte, Ober-Regierungs-Medizinal- und Regierungs-Medizinalräte als Sachbearbeiter zugeteilt sind. Dem Hauptversorgungsamt unterstehen 9 Versorgungsämter, 3 orthopädische Versorgungsstellen und die versorgungsärztliche Untersuchungsstelle Magdeburg in Magdeburg, Versorgungsämter befinden sich in Dessau, Erfurt, Gera, Gotha, Halberstadt, Halle, Magdeburg, Meiningen und Weimar, orthopädische Versorgungsstellen in Erfurt, Halle und Magdeburg.

Um ein vollständiges Bild von der Bedeutung des Versorgungswesens innerhalb der Reichsverwaltung und im Rahmen der Volkswirtschaft zu erhalten, sei am Schlusse noch erwähnt, daß im Bereiche des Hauptversorgungsamtes Magdeburg 70 höhere Beamte, gegen 500 Bürobeamte, 40 Beamte des unteren Dienstes und 130 Angestellte und Arbeiter tätig sind, daß annähernd monatlich 10 Millionen Reichsmark für Rentenzahlungen und Verwaltungskosten verausgabt und daß über 150 000 Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene von ihm betreut werden.

Handelsteil.

* **Produktenbörse.** Weizen 213—214, Roggen 188—190, Futter- und Industriegerste 176—182, Hafer 178—188, Weizenmehl 24,23—28,50, Roggenmehl 25,10—27,60, Weizenkleie 11,75 bis 12, Roggenkleie 11,75—12, Viktoriaerbsen 40—48, Kleine Speiseerbsen 28—34, Futtererbsen 21—23, Peluschken 25—26, Ackerbohnen 21—23, Wicken 27—30, Lupinen (blau) 18,50—19,50, do. (gelb) 28—30, Rapskuchen (Basis 38 Prozent) 18,50, Leinkuchen (Basis 37 Prozent) 21,30—21,60, Trockenschnitzel 11, Sopa-Extraktions-Schrot (Basis 45 Prozent) 18,30—19,10, Kartoffelflocken 16—17,10 Reichsmark.

* **Rauhfutternotierungen.** Drahtgepr. Roggenstroh (Quadratballen) 1,30—1,50, do. Weizenstroh 1,20—1,40, do. Haferstroh 1,05 bis 1,20, do. Gerstenstroh 1—1,15, Roggen-Langstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,35—1,60, bindfadengepr. Roggenstroh 1,20—1,35, do. Weizenstroh 1,10—1,25, Häcksel 2,15—2,30, handelsübliches Heu (gesund und trocken, nicht über 30 Prozent Besatz) neu 2,80—3,30, alt 3—3,50, gutes Heu (desgl. nicht über 10 Prozent Besatz) neu 3,40—3,80, alt 3,60—4,40, drahtgepr. Heu 0,40 Rm. über Notiz. (Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen frei Waggon für 50 Kilogramm in Reichsmark.)

Leipziger Viehmarkt. 17. Juni. Auftrieb: 651 Rinder, (davon 86 Ochsen, 215 Bullen, 280 Kühe), 464 Kälber, 70 Färsen, 935 Schafe, 1679 Schweine, zusammen 3729 Tiere. — Außerdem von Fleischern direkt zugeführt: 14 Rinder, 10 Kälber, 68 Schafe, 218 Schweine. Es wurden folgende Lebendgewichtspreise notiert: Ochsen 1.: 60—62, 2.: 54—59, 3.: 48—53, 4.: ——— — Bullen 1.: 57—59 2.: 52—56, 3.: 46—51. — Kühe 1.: 52—56 2.: 44—51, 3.: 35—43, 4.: 25—34. — Kälber 1.: ——— 2.: 75—78 3.: 67—74, 4.: 60—66, — Schafe 1.: ———, 2.: 68—70, 3.: 60—67. — Schweine 1.: 79—81, 2.: 82—83, 3.: 83—84, 4.: 81—83, 5.: 78—81.

Miele Modell 1928

Mielewerke A.G.
Größte Zentrifugenfabrik Deutschlands
Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter.
Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Miele-Fabrikate sind stets bei **Artur Meier, Kemberg,** Dübenerstraße 9, zu haben.

Zu Vereinsfesten
kaufen Sie stets

Festabzeichen *Einlasskarten*
Tanzkontroller
Willkommenschilder, Lampions
Papiergirlanden und -Fähnchen
Korso-, Schiess- u. Kegelpreise
Diplome, Ehrenurkunden, Eichenkränze
Verlosungsartikel

in guter Qualität zu billigen Preisen bei
Richard Arnold, Leipzigerstrasse 64

1¼ Morgen
Angerplan-Wiese
½ Morgen
Forstplan-Wiese
sind zu verpachten
Wilhelm Fiedler

Ein Morgen
Kabelwiese
zu verpachten **Burgstr. 33**

Prima
Speisekartoffeln
gesunde, frostfreie Ware, sowie
eine eiserne Bettstelle
mit komplettem Federbett
einen Waschtisch
eine alte Kommode
verkauft
Fritz Schmidt, Weinbergstr. 9

Leichte
Heu-Harken
mit **Weiden**-Stielen
empfiehlt **Rudolf Huhn**

Ferkel
hat abzugeben
Wilhelm Winkler, Gommlo

Donnerstag, den 20. Juni, abends halb 8 Uhr verpachte ich
ca. 2 Morgen
Wiese
im ganzen oder geteilt meistbietend
Paul Schröter, Kapphahnmühle

Teichmühle, Kemberg

Spielkarten
empfiehlt **Richard Arnold**

Das Abmähen von Wiesen
in großen und kleinen Plänen übernehmen
Große & Co., Gaditz

Rechtsrat
Prozeßsachen (Amts- u. Landgericht)
Kaufverträge, Testamente,
Steuersachen (Vermögenssteuer)
K. Lehmann, Gerichtsreferendar a. D.
und öffentl. angest. Versteigerer
Weinbergstraße 8

Frisches
Hammel- und Rindfleisch
empfiehlt **Willy Rätz**

Prima frisches
Rindfleisch u. Leber
empfiehlt **Otto Harnisch**

Feinste
Matjes-Heringe
ff. Sauerkraut
Saure Gurken
empfiehlt **J. G. Glaubig**

Ein fast neuer
Kinderwagen
zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Zeitungsbote
für **Lubast, Gommlo und Ateritz** gesucht
Kemberger Zeitung

Radfahrer-Verein Germania
Donnerstag, den 20. Juni, abends 8½ Uhr im Vereinslokal
Versammlung
Alle Kameraden, welche sich an der Ausfahrt am Sonntag, den 23. Juni nach Wittenberg beteiligen wollen, müssen unbedingt erscheinen. Um rege Beteiligung wird gebeten
Der Vorstand

Von der Reise zurück!
San.-Rat Dr. Schmidt
Facharzt für Augen, Ohren, Nase, Hals
Wittenberg, Lutherstraße 19

Monogramm-Schablonen
„Norma"
für Wäsche-Ausstattungen.
(10 verschied. Größen u. Ausführungen auf einer Tafel)
Sämtliche Monogramme sind vorrätig bei
Rich. Arnold, Buchhandlung, Kemberg
Leipziger Straße 64/65

VERITAS

CLEMENS MÜLLER A.G.
DRESDEN-N.

Veritas-Nähmaschinen
hochwertig in Präzision.
Elegant in der Ausstattung.
vor- und rückwärtsnähend sticken und stopfen
Lieferbar auch bei Wochenraten von 2,40 M. an ohne Anzahlung
Vertreter:
Otto Leibnitz, Uhrmacher
Kemberg, Leipziger Straße 35

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290620-17/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— M. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 72 **Donnerstag, den 20. Juni 1929** **31. Jahrg.**

Donnerstag, den 27. Juni, 14 Uhr,

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. Juni 1929.

83] **Der Magistrat.**

Neues in Kürze.

* **Im Reichstag sprach Reichsfinanzminister Dr. Hilferding ausführlich zu seinem Finanzetat.**

* **Der Wehretat wurde im Reichstag angenommen; die kommunistischen Streichungsanträge zum Panzerkreuzerbau wurden abgelehnt.**

* **Der französische Ministerrat beschloß, sich mit den anderen beteiligten Regierungen über eine baldige Ratifizierung des Youngplanes in Verbindung zu setzen.**

* **Im Bonner Giftmordprozeß wurde der Arzt Dr. Richter wegen Mordes zum Tode, sowie wegen Meineids zu einem Jahre**

Länder vom Reich verlangten, sollten in einem Gesetzentwurf geregelt werden, der demnächst vorgelegt werde. Notwendig sei auch die baldige Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes. Auch die Veränderung der Stellung der Reichsbahn erfordere eine finanzpolitische Regelung. Ein erschöpfendes Finanzprogramm werde er vorlegen

in dem Zeitpunkt, wo er politische Handlungsfreiheit habe.

Dieses Finanzprogramm solle gehalten sein im Sinne der sozialen Gerechtigkeit und der Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Gesamtwirtschaft.

In der Debatte weist Abgeordneter Dr. Quaatz (Dnat.) darauf hin, daß seit der Inflation noch nie ein Etat so spät verabschiedet worden sei. Warum wird dem Ausland eine gar nicht vorhandene Leistungsfähigkeit vorgespiegelt? Wir übernehmen die Staatsschulden der Vertragsgegner. Der Redner schlägt erregt mit den Akten auf den Tisch und ruft aus: Wie hoch soll die Not des deutschen Volkes noch steigen, bis die Reichstagsmehrheit endlich einmal sagt: bis hierher und nicht weiter! Ich frage den Minister, ob es richtig ist, daß der Reichskanzler mit Wissen der Reichsregierung an die Sachverständigen einen Brief geschrieben hat des Inhalts, daß die Reichsregierung der Ansicht sei, daß der Plan angenommen werden müsse, auch wenn wirtschaftliche Erwägungen dem entgegenständen.

Abgeordneter Keil (Soz.) wirft den Deutschnationalen vor, daß sie, nachdem es ihnen nicht gelungen sei, eine finanzielle Mißwirtschaft der Regierung festzustellen, ihre Hoffnungen jetzt auf die Zukunft setzten. Der Redner fordert, daß das kommende Finanzprogramm auch die minderbemittelten Kreise befähigen müsse, an der Kapitalbildung teilzunehmen.

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen.

Von den Deutschnationalen ist inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister eingegangen.

Die Beratungen werden darauf unterbrochen zur Vornahme der Abstimmungen über den Etat des Reichswehrministeriums.

Der Heeresetat wird in der Ausschußfassung angenommen, ebenso die Ausschußentschließung zu Gunsten der Gemeinden, die von der Zusammenlegung von Garnisonen betroffen werden.

Die kommunistische Entschließung, den Angehörigen der Wehrmacht das Wahlrecht zu gewähren, wird abgelehnt. Angenommen wird eine deutschnationale Entschließung, wonach den kleinen Standorten in den östlichen Grenzbezirken (Züllichau, Namslau, Militsch, Leobschütz) ihre Garnisonen belassen werden sollen. Auch der Marine-Etat wird in der Ausschußfassung angenommen.

Ueber den kommunistischen Antrag auf Streichung der zweiten Rate für den Panzerkreuzer wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Für die Streichung stimmen Kommunisten und Sozialdemokraten; der Reichskanzler und die sozialdemokratischen Minister stimmen dagegen. Der Streichungsantrag wird mit 224 gegen 153 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Kommunisten wird dann auch über die Schlußrate für den Kreuzer „Köln" namentlich abgestimmt. Der Streichungsantrag wird mit 334 gegen 44 Stimmen abgelehnt. **Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener verfällt gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten der Ablehnung.** Angenommen wird ein Antrag der Wirtschaftspartei, umgehend ein auf lange Sicht abgestelltes Bauprogramm für die Marine vorzulegen, das alle Deutschland aus dem Versailler Vertrag belassenen Rechte für die Ausrüstung der Marine erschöpft. Dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten.

Damit sind die Abstimmungen zum Etat des Reichswehrministeriums erledigt, und das Haus setzt die Aussprache zum Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Abgeordneter Brüning (Ztr.) erklärt es für wünschenswert, dem deutschen Volke die ganze Tragweite der Pariser Belastungen für zwei Generationen klarzumachen. Der Redner begrüßt die Ankündigung eines Finanzprogrammes durch den Minister und erinnert bei dieser Gelegenheit an die Notwendigkeit einer Steuersenkung, namentlich einer Senkung der Realsteuern.

Abgeordneter Ende (Komm.) charakterisiert gerade den Haushalt der Finanzverwaltung als Klassenetat. Die Proletarier müßten alle aufbringen. Jede fünfte Stunde sei in Berlin ein Selbstmord eines Proletariers fällig, den die Not in den Tod treibe. Der Redner erklärt: wir verneinen, lassen und bekämpfen diesen Staat und bewilligen ihm keinen Groschen. Wir verzichten deshalb auch auf Anträge, die mit Hilfe der Sozialdemokraten doch nur abgelehnt werden.

Abgeordneter Dr. Kulenkampff (Dvp.) fordert, daß sich der Sparwille bei Reich, Ländern und Gemeinden immer weiter durchsetze. Von dem guten Willen der Beteiligten werde es abhängen, ob der Reichstag ein Sperrgesetz gegen die Ueberhöhung der Realsteuern schaffen müsse. Man müsse nötigenfalls auch zum Aufgabenaufbau schreiten, um den Ausgabenabbau zu ermöglichen. Steuern und Sozialasten betragen heute bei einer Produktion von etwas über 60 Milliarden über 33 Prozent gegen 12½ Prozent vor dem Kriege bei einer Produktion von 40 Milliarden. Der Redner verlangt, daß neue Ausgaben unter keinen Umständen bewilligt werden. Auch vor der Gefahr der Unpopularität dürfe man nicht zurückschrecken. Der Haushalt müsse ein Minimum darstellen, nicht ein Maximum. Er dürfe nicht nach dem Grundsatz zur Auffüllung gelangen, wie für kurze Sicht den lautesten Bevölkerungsgruppen nachgegeben werden könnte. Kein Pfennig der in Paris ersparten Ausgaben dürfe anders verwandt werden als zur Lastensenkung. Der Redner erklärt zum Schluß, daß die Deutsche Volkspartei eifern an ihrer Forderung festhalten werde: Anhalten und Senkung der Lasten, wenn es sein muß, mit rigorosen Mitteln in der festen Erwartung, daß dadurch die Belebung der deutschen Wirtschaft als das Endziel erreicht wird.

Für Rheinland und Saar.

Kundgebung des „Reichsverbandes der Rheinländer".

= **Stuttgart**, 17. Juni.

Zu einer machtvollen Kundgebung für die Befreiung von Rhein und Saar gestaltete sich die mehrtägige Tagung des „Reichsverbandes der Rheinländer" in Stuttgart.

Gehaltvolle Reden und Vorträge, in die die namhaften Politiker wie Staatspräsident Dr. Bolz, der Vorsitzende des Landesverbandes der Rheinländer in Württemberg Dr. Gottschalk, Oberbürgermeister Dr. Lautenschläger, der Präsident des Saarlandesrates Scheuer, Regierungsdirektor Staehler, Staatssekretär a. D. Dönhoff, Amtsgerichtsrat Dr. Spiecker, und Prof. Kaufmann teilten, bildeten den Auftakt zu einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Wir fordern als deutsches Recht die sofortige bedingungslose Räumung, die Ablehnung jeder Gegenleistung für den Abzug der Besatzung, die Verweigerung jeder Art Sonderkontrolle, wir erwarten sofortige Rückkehr des Saargebietes, die Zurückweisung jeden Gedankens an einen Saarfreistaat nach Danziger Muster, die Verwerfung jeder wirtschaftlichen und zollpolitischen Bindung an Frankreich."

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Feier ihren Abschluß, deren Teilnehmer noch durch die Stadt Stuttgart eigens begrüßt wurden. Den Beginn der Woche verbringen die Rheinländer bei gemeinsamen Ausflügen in die nähere und weitere Umgebung der württembergischen Hauptstadt.

Ein Brief des Reichskanzlers?

Amtlich wird erklärt: die Sachverständigen waren in ihren Entscheidungen frei.

⇨ **Berlin**, 17. Juni.

Zu der Mitteilung des „Montags", wonach der Reichskanzler Müller mit Zustimmung des Reichskabinetts an die deutschen Sachverständigen in Paris ein Schreiben gerichtet und darin den Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht habe, den Young-Plan unter Hintansetzung wirtschaftlicher Erwägungen anzunehmen, wird von Berliner zuständiger Stelle erklärt, daß, wenn der Reichskanzler einen Brief geschrieben habe, dieser nicht in dem vom „Montag" angeführten Sinne gehalten sein könne.

Weltbund der Frauen.

Eröffnung des 11. Weltkongresses für staatsbürgerliche Frauenarbeit.

⇨ **Berlin**, 17. Juni.

In den überfüllten Krollsesälen wurde der 11. Kongreß des Weltbundes für staatsbürgerliche Frauenarbeit eröffnet, der zugleich sein 25jähriges Bestehen feiert. Aus allen Teilen der Welt sind Vertreterinnen herbeigestürmt. Der Saal ist mit Fahnen aller Länder geschmückt.

Nach kurzer Ansprache der Vorsitzenden des Weltbundes Mrs. Corbeth-Ashby begrüßte Reichsminister Severing den Kongreß namens der Reichsregierung. Es folgten weitere Ansprachen durch die Vorsitzende des deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes Dorothee-von Velsen, die Vertreterin des Völkerbundes Rachel Crowdy und die Vertreterin des Internationalen Arbeitsamtes Frau Mundt. Dann sprach Frau Furuhjelm, Mitglied des finnischen Parlaments, zu dem Thema „25 Jahre Frauenstimmrecht". Als Vertreterin der Länder ohne Frauenstimmrecht hielt Frau Brunsvicg (Frankreich) eine Ansprache. Den Schluß der Eröffnungssitzung bildete ein Vortrag der Reichstagsabgeordneten Frau Adele Schreiber-Krieger.

Viel beachtet wurde es, daß Minister Severing, als er in seiner Begrüßungsansprache erklärte, der Versailler Vertrag sei kein Friedensvertrag zwischen Gleichberechtigten, sondern ein erzwungenes Friedensdiktat gewesen, von allen Bänken stürmischer Beifall entgegenschall.

Macdonald und Jaspar in Paris?

Datum und Ort für die Räumungskonferenz.

≙ **Paris**, 17. Juni.

Aus Erklärungen, die Briand nach Schluß der Völkerbundsratstagung abgegeben hat, ist hervorzuheben, daß der französische Außenminister äußerte, er hoffe, Stresemann bei seiner Durchreise in Paris zu sehen und mit ihm „einige schon in Madrid begonnene Besprechungen fortzusetzen". Der Madrider „A.B.C." behauptet, **Poincaré werde diesen Besprechungen beiwohnen, die der Rheinlandräumung gelten sollen.**

Dem Pariser „Journal" zufolge sollen auch Ramsay Macdonald und der belgische Minister Jaspar nach Paris kommen, wo man alsdann Datum und Programm für die kommende Konferenz festsetzen werde. Dem „Oeuvre" zufolge ist **eine prinzipielle Einigung zwischen Frankreich, England und Deutschland über die politische Konferenz in Madrid bereits erfolgt.** Der „Excelsior" gibt ein ganzes Programm der kommenden diplomatischen Auseinandersetzung. Erst soll eine technische Konferenz zur

Organisation der Weltbank

und zur Ueberleitung vom Dawes-Plan zum Young-Plan einberufen werden. Diese Konferenz dürfte in der zweiten Hälfte des Juli in Baden-Baden stattfinden. Der Reparationsagent Parker Gilbert würde an der Uebergangsarbeit teilnehmen. Am 25. August ungefähr werde der Organisationsausschuß der Weltbank eine Sitzung haben, um die letzten Bestimmungen zu treffen. Als Sitz der Bank wünschen die Franzosen und Belgier Brüssel, die Deutschen Amsterdam, die Engländer London, die Amerikaner Basel. Nach Abschluß dieser technischen Besprechungen würden

die Minister zu einer politischen Besprechung

zusammenkommen, ungefähr Mitte des August. Wenn alle Fragen soweit geregelt werden könnten, daß am 1. September die Weltbank zu arbeiten beginne, würde während der Tagung des Völkerbundes in Genf über die Rheinlandräumung gesprochen werden.

Der letztere Punkt dürfte kaum zutreffen. Berlin dürfte sich kaum darauf einlassen, daß Weltbank und Youngplan in Kraft treten, bevor über das Schicksal der Besatzung restlos Klarheit geschaffen ist. Das System der „Vorleistungen" muß ein Ende haben!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290620-17/fragment/page=0005